

08.04.2021

Corona-Tests im nordwestlichen Niedersachsen

Industrie im Norden testet millionenfach – Kostenbeteiligung des Staates gefordert

Die norddeutsche Metall- und Elektroindustrie wehrt sich gegen eine mögliche Pflicht zu Corona-Tests durch die Unternehmen und verweist auf die hervorragend funktionierenden Eigenanstrengungen der Wirtschaft zu Corona-Tests. Nach einer aktuellen Umfrage der Arbeitgeberverbände NORDMETALL und AGV NORD bei mehr als 200 Unternehmen bieten schon jetzt 82 Prozent der Betriebe im nordwestlichen Niedersachsen ihren Beschäftigten freiwillig kostenlose Corona-Selbsttests an, dabei sind solche Tests durch nicht-medizinisches Personal erst seit dem 26. März erlaubt. Insgesamt wollen 96 Prozent der Unternehmen ihren Beschäftigten kostenlose Tests anbieten, sobald diese gut verfügbar sind. Teilgenommen an der Umfrage haben unter anderem die Firmen Aventics aus Laatzen, August Brötje aus Rastede, die Nordenhamer Zinkhütte und die Norddeutschen Seekabelwerke. „Die Zahlen sind klar und eindeutig: Die allermeisten Arbeitgeber bieten Ihren Beschäftigten längst Corona-Tests an oder planen dies, sobald genügend Tests erhältlich sind. Es braucht also keinerlei gesetzlichen Zwang hierzu“, bilanziert NORDMETALL-Präsident Folkmar Ukena. Im Übrigen habe jeder Bürger bereits Anspruch auf einen kostenlosen staatlichen Test pro Woche. „Wenn die Politik die Unternehmen zum Aufbau teurer Parallelstrukturen zwingen und zusätzlich in die Test-Pflicht nehmen will, sollte sie zunächst sicherstellen, dass überhaupt ausreichend viele Tests verfügbar sind, und die Firmen zudem von den administrativen und finanziellen Kosten entlasten“ fordert Ukena, der Geschäftsführender Gesellschafter des LEDA Werk in Leer ist.

Die 208 an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen aus fünf norddeutschen Bundesländern haben bereits mehr als eine Million Corona-Tests für ihre 122.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gekauft, bestellt oder in Auftrag gegeben, rechnerisch sind das rund 8 Tests pro Person. Alleine die dafür nötigen Test-Kits verursachen bei den Unternehmen Kosten von mehr als sechs Millionen Euro, die Gesamtkosten inkl. Arbeitsausfall belasten die Unternehmen mit insgesamt 16 Millionen Euro. Geht man von zwei Testungen pro Beschäftigten und Woche aus, entstehen diese Kosten sogar annähernd jeden Monat. „Angesichts solcher Summen fordern viele unserer Mitgliedsunternehmen eine Kostenübernahme durch den Staat“, berichtet Ukena. „Es ist doch absurd, dass die Politik Milliarden zur Beseitigung der Folgeschäden von Corona bereitstellt, aber nicht jene Firmen unterstützt, die durch

Geschäftsstellen **NORDMETALL** und **AGV NORD**



Kontakt zum Pressesprecher

Alexander Luckow, Leiter Kommunikation und Wirtschaft
Tel.: 040 6378 4231
Mobil: 0172 260 50 39
E-Mail: luckow@nordmetall.de

Pressemitteilungen und Fotos: www.meinArbeitgeberverband.de/presse

Die Arbeitgeberverbände NORDMETALL und AGV NORD vertreten 670 Unternehmen mit zusammen 170.000 Beschäftigten in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und im nordwestlichen Niedersachsen. Schwerpunktbranche ist die Metall- und Elektroindustrie. Dazu gehören Maschinen- und Schiffbauer, Firmen aus Luftfahrt- und Automobilindustrie, Stahlproduzenten genauso wie Spezialisten aus Medizin- und Elektrotechnik. Mit allein 140.000 Beschäftigten bildet diese Industrie das Herz der norddeutschen Wirtschaft.

präventive Tests Infektionsketten zu stoppen versuchen, bevor sie überhaupt entstehen können. Das ist Sparen an der falschen Stelle.“

Zum Einsatz durch die Unternehmen kommen im nordwestlichen Niedersachsen bisher überwiegend Tests, die die Mitarbeiter selbst durchführen. 61 Prozent der Tests sind solche Selbsttests in Eigenverantwortung, ein gutes Drittel (39 Prozent) sind Schnelltests durch geschultes Personal, 17 Prozent sind PCR-Tests mit Laborauswertung; manche Betriebe bieten auch mehrere Testarten an. Der ganz überwiegende Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darf diese Tests ganz (43 Prozent) oder teilweise (43 Prozent) während der Arbeitszeit durchführen, die Kosten durch die in dieser Zeit entfallende Arbeitsleistung tragen die Unternehmen.

Als größte Probleme nennen die Betriebe neben der mangelnden Verfügbarkeit von Tests und den hohen Kosten insbesondere Zeit- und Organisationsprobleme (43 Prozent), fehlendes geschultes Personal für Schnelltests oder PCR-Tests (29 Prozent) und die Anforderungen an Dokumentation und Datenschutz. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stehen hier vor enormen Herausforderungen, berichtet Folkmar Ukena. In 14 Prozent der Betriebe willigten zudem die Mitarbeiter nicht in einen Corona-Test ein. „Die Firmen zu Test-Angeboten zwingen zu wollen, welche die Mitarbeiter aber nicht annehmen müssen, ist hanebüchen“, rügt der NORDMETALL-Präsident.

„Die Arbeitgeber sind gerne bereit, die Gesellschaft bei der Bekämpfung der Pandemie intensiv zu unterstützen. Nötig wäre dafür aber neben der staatlichen Kostenübernahme, dass die Ministerien und Behörden den Unternehmen durch einfache, unbürokratische und klare Regeln für die Durchführung der Tests helfen. Stattdessen erleben wir auch in diesem Bereich mangelhafte Planung und alarmistische Vorgaben statt vorausschauenden Denkens. Es liegt nicht an der Wirtschaft, wenn es nicht geht“, resümiert Ukena.

Eine mögliche gesetzliche Verpflichtung für Betriebe, ihren Beschäftigten zwei Corona-Tests pro Woche anbieten zu müssen, lehnen die Arbeitgeber in Niedersachsen klar ab. Zwei Drittel (67 Prozent) halten dies für schlecht oder nicht umsetzbar, für 26 Prozent wäre dies notfalls „akzeptabel“ und nur sieben Prozent halten ein Pflicht-Test-Angebot für gut.

Das hohe Engagement der Firmen und die Fürsorge für ihre Mitarbeiter zeigen sich nicht nur bei den Tests, sondern auch mit Blick auf spätere Impfungen. So wollen 63 Prozent der befragten niedersächsischen Unternehmen ihren Beschäftigten betriebliche Corona-Impfungen anbieten, weitere 30 Prozent überlegen dies zu tun – Verfügbarkeit der Impfungen vorausgesetzt. Ukena: „Selbst an dieser originären Aufgabe der Krankenkassen würden sich die Arbeitgeber in großem Umfang beteiligen, auch um das Gesundheitssystem bei der Eindämmung der Pandemie zu unterstützen. Es muss dann aber auch selbstverständlich sein, dass die Krankenkassen die Kosten dafür übernehmen, schließlich macht es keinen Unterschied, wo jemand geimpft wird – Hauptsache, es wird endlich geimpft!“